

Präsidium der
Stadtverordnetenversammlung
Marktplatz 1
63500 Seligenstadt

Eingang Stv-Büro: 05.06.2024
Drucks. 17-337/I/1151 21-26

Seligenstadt, den 5. Juni 2024

Antrag zur Stärkung der Digitalen Souveränität mittels Open Source und Offener Standards in der Stadtverwaltung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, wenn technisch und finanziell möglich, auf offene Standards und freie OpenSource-lizenzierte Software zu setzen, um damit absehbare Herstellerabhängigkeiten und Lizenzkosten zu vermeiden. Diese Abwägung wird als Kriterium in Vergaben und Ausschreibungen aufgenommen. Eine Abweichung von diesem Grundsatz muss begründet werden.

Begründung

„Die von unseren öffentlichen Verwaltungen angebotenen und genutzten digitalen Dienste sind die kritische Infrastruktur demokratischer Nationen des 21. Jahrhunderts. Um vertrauenswürdige Systeme zu etablieren, müssen öffentliche Stellen sicherstellen, dass sie die vollständige Kontrolle über die Software und die Computersysteme im Kern unserer staatlichen digitalen Infrastruktur haben. Doch im Moment ist dies aufgrund restriktiver Softwarelizenzen nur selten der Fall. Diese Softwarelizenzen:

- Untersagen die Weitergabe und den Austausch von öffentlich finanziertem Code. Dies verhindert Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Verwaltungen und behindert die weitere Entwicklung.
- Fördern Monopole, indem sie den Wettbewerb behindern. Infolgedessen werden viele Verwaltungen von einer Handvoll Unternehmen abhängig.
- Stellen eine Bedrohung für die Sicherheit unserer digitalen Infrastruktur dar, indem sie den Zugriff auf den Quellcode verbieten. Dies macht das Beheben von Hintertüren und Sicherheitslöchern extrem schwierig, wenn nicht gar unmöglich.

Wir brauchen Software, die den Austausch guter Ideen und Lösungen fördert. So können wir die IT-Dienste für Menschen überall in Europa verbessern. Wir brauchen eine Software, die Wahlfreiheit, Zugang und Wettbewerb garantiert. Wir brauchen eine Software, mit der

öffentliche Verwaltungen die volle Kontrolle über ihre kritische digitale Infrastruktur zurückgewinnen und von einigen wenigen Unternehmen unabhängig werden und bleiben können. Deshalb rufen wir dazu auf, Freie Software/Open Source in öffentlichen Verwaltungen zu unterstützen, weil:

- Freie Software/Open Source ein modernes öffentliches Gut ist, das es jedermann erlaubt, Anwendungen, die wir täglich einsetzen, frei zu verwenden, zu verstehen, zu teilen und zu verbessern.
- Freie-Software- und Open-Source-Lizenzen Schutz vor einer Beschränkung auf Dienstleistungen bestimmter Unternehmen bieten, welche restriktive Lizenzen verwenden, um den Wettbewerb zu behindern. Freie Software/Open Source sicherstellt, dass der Quellcode zugänglich ist, so dass Hintertüren und Sicherheitslücken behoben werden können, ohne von einem bestimmten Dienstleister abhängig zu sein.

Öffentliche Einrichtungen werden durch Steuern finanziert. Sie müssen sicherstellen, dass sie die Mittel so effizient wie möglich ausgeben. Wenn es sich um öffentliche Gelder handelt, sollte auch der Code öffentlich sein!" - Abgewandeltes Zitat, <https://publiccode.eu/de/openletter> 11.05.2020.

Die Initiative „Public Code, Public Money“ wird u.a. von folgenden NGOs unterstützt: CreativeCommons, Mozilla, Wikimedia, CCC, Stiftung Datenschutz, D64, LOAD etc.

Laut dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik bietet OpenSource-Software in der IT-Sicherheit "bedeutende strategische Vorteile." - Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, <https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/DigitaleGesellschaft/FreieSoftware/frei-esoftware-node.html>, 11.05.2020.

Der SPD-nahe Verein „D64 — Zentrum für Digitalen Fortschritt“ hat zu OpenSource das folgende Positionspapier veröffentlicht: Grundwerte in der Digitalen Gesellschaft - Fünf Gründe für Open-Source-Software, 01.07.2019 <https://d-64.org/wp-content/uploads/2020/03/5-Gr%C3%BCnde-f%C3%BCr-Open-Source.pdf>


Siehe auch: D64 fordert stärkeren Einsatz von Open Source Software in Behörden, 08.03.2019 <https://d-64.org/oss-in-behoerden>

Der FDP-nahe Verein LOAD e.V. — Verein für liberale Netzpolitik unterstützt die Initiative „Public Code, Public Money“ ausdrücklich.

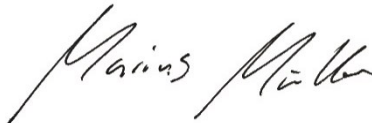
Siehe auch:

- Der Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik (CIO Bund) zu Digitaler Souveränität: <https://www.cio.bund.de/Webs/CIO/DE/digitale-loesungen/digitale-souveraenitaet/digitale-souveraenitaet-node.html>

- Zentrum für Digitale Souveränität der öffentlichen Verwaltung:
<https://www.cio.bund.de/Webs/CIO/DE/digitale-loesungen/digitale-souveraenitaet/zentrum-fuer-digitale-souveraenitaet/zentrum-fuer-digitale-souveraenitaet-node.html> bzw. direkt:
<https://zendis.de/ziele-aufgaben>
- Initiative Public Money Public Code:
<https://publiccode.eu/de>
- Fünf Gründe für Open-Source-Software:
<https://d-64.org/wp-content/uploads/2019/06/5-Gr%C3%BCnde-f%C3%BCr-Open-Source.pdf>
- Positionspapier Fundament für die zukunftsfähige digitale Verwaltung_
https://d-64.org/wp-content/uploads/2022/08/20220809_D64_Open-Source_Positionspapier_V2.pdf
- Digital. Sicher. Souverän. Forschungsrahmenprogramm der Bundesregierung zur IT-Sicherheit
https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/de/bmbf/5/31672_Digital_Sicher_Souveraen.html



Nicole Fuchs
SPD-Fraktionsvorsitz
Spessartstraße 92, Seligenstadt



Marius Müller
SPD-Fraktionsvorsitz
Mainring 19, Seligenstadt